



**Jede Menge Verstöße**

Bundesgerichtshof: Schwere Mängel im deutschen Abschiebesystem. Haft oft zu Unrecht angeordnet **4**

**Bloß keine Schienen**

Halbjahresbilanz der Bahn AG: Gewinn gesteigert, aber hohe Einbußen im Zugverkehr. Von Jana Frielinghaus **5**

**Nahe am Bankrott**

Argentinien gegen Hedgefonds: US-Richter torpediert weiterhin Einigungsmöglichkeiten **9**

**Stets für Friedenskriege**

Die Grünen machen bei der Eroberung des Ostens alles mit, aber warnen davor. Von Ulrich Irion **10**

## Zu Tode gefoltert

Wieder »Panne« bei Hinrichtung in den USA: Joseph Wood mußte sich zwei Stunden lang quälen. Behörden experimentieren mit Giftcocktails. **Von André Scheer**

Die Anwälte hatten bis zuletzt versucht, die Hinrichtung von Joseph Wood zu stoppen. Mit einer Klage wollten sie verhindern, daß dem 55jährigen ein Giftcocktail gespritzt würde, dessen genaue Zusammensetzung von den Behörden geheimgehalten wurde. Am vergangenen Sonnabend hatten sie zunächst Erfolg, ein Berufungsgericht in Arizona warf dem Staat vor, die Rechte des Verurteilten zu verletzen. Dagegen klagte die Regierung des US-Bundesstaates vor dem Obersten Gerichtshof – und bekam wenige Stunden vor dem für Mittwoch (Ortszeit) angesetzten Termin recht – ohne Begründung.

Die Verteidiger des wegen Doppelmords verurteilten Wood waren alarmiert, weil zu den bekannten Bestandteilen des Giftcocktails Midazolam gehörte. Dieses Medikament war erstmals im vergangenen Januar bei der Exekution von Dennis McGuire als Betäubungsmittel eingesetzt worden. Er starb qualvoll, sein Todeskampf dauerte mehr als 20 Minuten. Noch länger litt im April Clayton Lockett, der erst nach 43 Minuten durch einen Herzinfarkt erlöst wurde.

Woods Verteidiger hatten nur zu recht mit ihrem Versuch, die Exekution zu stoppen. Ihr Klient starb erst zwei Stunden, nachdem ihm das Gift gespritzt worden war. Wie Zeugen der Hinrichtung der *Washington Post* berichteten, röchelte und schnaubte Wood und rang um Luft. »Ich war schon zuvor Zeuge einer Reihe von Hinrichtungen, aber so etwas habe ich noch nie erlebt«, erklärte Dale Baich, einer von Woods Verteidigern. »Keine Exekution, die ich beobachtet habe, hat je so lange gedauert.« Noch nachdem die Spritze gesetzt



Gegner der Todesstrafe demonstrieren am Mittwoch vor dem Staatsgefängnis von Florence in Arizona gegen die Hinrichtung von Joseph Wood

worden war, versuchten die Juristen, die Hinrichtung abbrechen zu lassen, weil Wood noch eine Stunde später bei Bewußtsein war. Zeugen zählten mehr als 600 Versuche, nach Luft zu schnappen.

Zuständige Beamte wiesen die Berichte zurück. Wood habe »geschnarcht«, behauptete die Sprecherin des Generalstaatsanwalts von Arizona, Stephanie Grisham. »Es gab kein Röcheln oder Schnauben, nichts davon. Er sah aus, als würde er schlafen«, behauptete sie. Auch Charles Ryan, der Direktor der Strafverfolgungsbehörde des US-Bundesstaates, beharrte gegenüber der *Washington Post* auf

seiner Meinung, Wood habe während der Exekution »nicht gelitten«.

Die jüngste Serie von »Pannen« während der Hinrichtungen hat die Diskussion um das staatliche Töten in den USA erneut angefeuert. In den vergangenen Jahren hatten die Vereinigten Staaten die für die Exekutionen benötigten Medikamente aus Europa importiert, doch Dänemark, Großbritannien und schließlich die EU-Kommission verhängten Exportbeschränkungen, um eine Unterstützung der Todesstrafe zu verhindern. Seither experimentieren die nordamerikanischen Behörden mit neuen Giftcocktails – und foltern ihre Gefangenen zu Tode.

In 18 der 50 Bundesstaaten wurde die Todesstrafe bislang abgeschafft – in sechs davon erst während der vergangenen sieben Jahre. In den übrigen 32 Staaten werden derzeit im Jahr durchschnittlich 44 Menschen getötet. Bei den meisten dieser Exekutionen wird die Giftspritze eingesetzt, in einigen Staaten sind aber auch der elektrische Stuhl, der Galgen, die Gaskammer oder Erschießungskommandos erlaubt. Die Unterstützung für das staatliche Morden sinkt seit Jahren: Hatten sich 1996 in Umfragen noch 78 Prozent der US-Amerikaner für die Todesstrafe ausgesprochen, sind es aktuell noch 55 Prozent.

**Bundesregierung will »Freunde« bespitzeln**



BERLIN. Die Bundesregierung hat die deutschen Geheimdienste beauftragt, künftig jede Form von ausländischer Spionage in Deutschland abzuwehren. Damit sollen fortan auch die Aktivitäten der Dienste von sogenannten befreundeten Nationen in der BRD kontrolliert werden, hieß es von der Bundesregierung am Donnerstag. Wegen der Spionageaktivitäten der US-amerikanischen Geheimdienste NSA und CIA in Deutschland hatte Innenminister Thomas de Maizière (CDU/Foto) dies bereits angedeutet. »Die Bundesregierung ist vollkommen unglaublich, wenn sie angeblich die Spionageabwehr auf die USA ausdehnen will und gleichzeitig die Geheimdienstkooperation mit den US-Geheimdiensten unverändert fortführt«, kommentierte dies Sahra Wagenknecht, erste stellvertretende Vorsitzende der Linksfraction im Bundestag. (Reuters/JW)

**Irak: Neuer Präsident und neuer Anschlag**

BAGDAD. Nach monatelangem Tauziehen hat der Irak einen neuen Präsidenten. Das Parlament wählte am Donnerstag den kurdischen Politiker Fuad Masum zum Staatsoberhaupt und machte damit den Weg für die Bildung einer neuen Regierung frei. Parlamentspräsident Salim Al-Dschuburi gab in Bagdad bekannt, daß Masum mit 211 zu 17 Stimmen gegen seinen Herausforderer Hussein Al-Mussawi gewonnen habe. Laut der inoffiziellen Machtverteilung im Irak stellen die Kurden den Staatspräsidenten, die Schiiten den Regierungschef und die Sunniten den Parlamentspräsidenten.

Nördlich von Bagdad wurden unterdessen bei einem Angriff auf einen Konvoi mit Gefangenen mindestens 60 Menschen getötet. Die Häftlinge sollten verlegt werden, nachdem ihr Gefängnis am Mittwoch von Granaten getroffen worden war. (AFP/JW)

◆ Siehe Seite 7

Junge Welt wird herausgegeben von 1572 Genossinnen und Genossen (Stand 2.7.2014). Informationen: [www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

## Klatsche für Warschau

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Polen wegen Folter in CIA-Geheimgefängnissen

Die Kollaboration Polens mit den USA bei der Verfolgung von »Terrorverdächtigen« verstieß gegen das Verbot der Folter und der unmenschlichen Behandlung. Das hat am Donnerstag der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg festgestellt. Die Richter sprachen deshalb zwei Arabern, die Anfang der 2000er Jahre in einem CIA-Geheimgefängnis in der Ortschaft Stare Kiejkuty inhaftiert waren, Schadenersatz in Höhe von 100 000

bzw. 130 000 Euro zu. Beide werden noch immer ohne Anklage von den USA in Guantanamo festgehalten.

Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die damalige polnische Regierung gewußt habe, daß die CIA in dem ehemaligen Ausbildungszentrum des polnischen Geheimdienstes ihre Gefangenen folterte. Abgesehen davon habe Polen durch zahlreiche Amtshandlungen von der Erteilung von Fluggenehmigungen bis hin zur Anerkennung der formal einer pri-

vaten Gesellschaft gehörenden CIA-Gefangenenflieger als Regierungsmaschinen Beihilfe zu dieser Folter geleistet. Das Gericht kritisierte auch, daß Polen seine Ermittlungen in dieser Angelegenheit durch Auskunftsverweigerung behindert habe.

Das polnische Präsidialamt nannte das Urteil »peinlich für Polen« und kündigte an, das Land im weiteren Verlauf des Verfahrens »mit allen Kräften zu verteidigen«. Der seinerzeit als Ministerpräsident verantwortliche Vorsit-

zende der polnischen Sozialdemokraten, Leszek Miller, nannte es »kurios«, daß Polen »diesen Mördern Millionen Zloty Entschädigung zahlen« solle (die Gesamtsumme liegt umgerechnet bei etwa 900 000 Zloty). Dieses Geld würde nur zur Vorbereitung weiterer Anschläge verwendet werden, zeigte sich Miller überzeugt. Er hoffe, Polen werde die Entschädigungen niemals zahlen, rief der Exsozialist zur Mißachtung des Urteils auf.

Reinhard Lauterbach, Nekiella

